

**GEORGIOS N. GALANIS
& CARSTEN OLIVER SCHMIDT**

**POLITISCHE KULTUR VON PSYCHOLOGIE-
UND POLITIKSTUDIERENDEN
IN GRIECHENLAND**

**Eine empirische Studie zu politischen Einstellungen
und politischer Partizipation griechischer Studierender**

Ιωάννινα 2004

Georgios N. Galanis* & Carsten Oliver Schmidt**

Politische Kultur von Psychologie- und Politikstudierenden in Griechenland

Eine empirische Studie zu politischen Einstellungen und politischer Partizipation griechischer Studierender

Zusammenfassung

Welche politischen Einstellungen haben griechische Studierende und wie partizipieren sie politisch? Hierzu werden wichtige Ergebnisse einer empirischen Studie zur politischen Kultur und politischen Partizipation griechischer Studierender vorgestellt und auf Basis bisheriger Befunde aus Griechenland besprochen. Im Fokus stehen politische Werte, politische Kontrollüberzeugungen, politisches Vertrauen, linke und rechte politische Ideologien sowie diverse Maße politischer Partizipation und politischer Partizipationsbereitschaften. Untersucht wurden Psychologie- und Politikstudierende (N = 375). Da in Deutschland und Kolumbien mit einem parallelen Erhebungsinstrument in ähnlichen Stichproben die gleichen Maße erhoben wurden, erfolgen interkulturelle Vergleiche. Die Gewährleistung der Menschenrechte sowie die Erhaltung einer sauberen Umwelt werden von den griechischen Studierenden unter den erfassten neun politischen Zielen am höchsten bewertet. Während sich Psychologie- und Politikstudierende hinsichtlich ihrer politischen Werte kaum unterscheiden, geben Politikstudierende größere Kontrollüberzeugungen sowie ein größeres Vertrauen in die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen an. Entgegen den Erwartungen zeigen sie jedoch kein konsistent erhöhtes politisches Engagement oder erhöhte politische Engagementbereitschaften. Weibliche Studierende geben weniger politisches Engagement sowie ein geringeres politisches Interesse an als männliche Studierende. Allerdings bewerten sie politische Ziele nicht niedriger. Zudem geben sie keine geringeren politischen Kontrollüberzeugungen an als ihre männlichen Kommilitonen. Zur Vorhersage von politischem Protest sind politische Ideologien am wichtigsten. Politische Einstellungen weisen im interkulturellen Vergleich größere Ähnlichkeiten auf als die politischen Partizipations- und Partizipationsbereitschaftsmaße.

Schlüsselwörter: Politische Kultur, politische Werte, politisches Vertrauen, politische Ideologien, politische Information, politische Partizipation, politische Partizipationsbereitschaften

* Καθηγητής Κοινωνικής Ψυχολογίας στο Π.Τ.Δ.Ε. του Πανεπιστημίου Ιωαννίνων.

** Dr. Phil./Diplom Psychologe, Επιστημονικός Συνεργάτης του Πανεπιστημίου της Φρανκφούρτης.

Πολιτική κουλτούρα σπουδαστών Ψυχολογίας και Πολιτικών Επιστημών στην Ελλάδα

Μία εμπειρική μελέτη σχετικά με τις πολιτικές στάσεις και την πολιτική συμμετοχή των Ελλήνων σπουδαστών

Περίληψη

Ποιες πολιτικές στάσεις έχουν οι Έλληνες σπουδαστές και πώς συμμετέχουν στην πολιτική; Σχετικά με αυτά τα ερωτήματα παρουσιάζονται εδώ μερικά σημαντικά αποτελέσματα από μία εμπειρική μελέτη σχετικά με την πολιτική κουλτούρα και την πολιτική συμμετοχή Ελλήνων σπουδαστών και με βάση τα ευρήματα που προέκυψαν. Στο επίκεντρο της έρευνας βρίσκονται οι πολιτικές αξίες, οι πεποιθήσεις για έλεγχο σε πολιτικά θέματα, η εμπιστοσύνη σχετικά με αυτά, αριστερές και δεξιές πολιτικές ιδεολογίες, η πολιτική συμμετοχή σε διάφορους βαθμούς καθώς και η ετοιμότητα σχετικά με αυτή τη συμμετοχή. Εξετάστηκαν προς αυτό το σκοπό σπουδαστές Ψυχολογίας και Πολιτικών Επιστημών (N = 375). Γίνονται, σχετικά, διαπολιτιστικές συγκρίσεις, εφόσον προέκυψαν στη Γερμανία και στην Κολομβία σε παρόμοια δείγματα και με τα ίδια στατιστικά μέσα, τα ίδια μεγέθη. Μεγαλύτερη σημασία είχε για τους Έλληνες φοιτητές η εγγύηση για τα ανθρώπινα δικαιώματα και η διατήρηση της καθαριότητας στο περιβάλλον, μεταξύ των οκτώ πολιτικών στόχων που αναφέρονταν. Ενώ οι σπουδαστές της Ψυχολογίας και των Πολιτικών Επιστημών δε διαφέρουν σχεδόν καθόλου σε ό,τι αφορά τις απόψεις τους για τις πολιτικές αξίες, οι σπουδαστές των Πολιτικών Επιστημών εμφανίζουν εντονότερα την πεποίθηση για έλεγχο σε πολιτικά θέματα καθώς και μεγαλύτερη εμπιστοσύνη για τα πλαίσια των κοινωνικών συνθηκών. Δεν παρουσιάζουν, όμως, αντίθετα με ό,τι θα αναμενόταν, πολιτική ένταξη σε κάποιο υψηλό ποσοστό ή έστω και μεγάλη ετοιμότητα για πολιτική ένταξη. Οι σπουδάστριες εμφανίζουν λιγότερη πολιτική ένταξη καθώς και λιγότερο πολιτικό ενδιαφέρον σε σχέση με τους σπουδαστές. Δεν αποδίδουν όμως λιγότερη σημασία στους πολιτικούς στόχους. Δεν εμφανίζουν επίσης σε μικρότερο βαθμό πεποιθήσεις για έλεγχο σε πολιτικά θέματα, σε σχέση με τους συναδέλφους τους σπουδαστές. Οι πολιτικές στάσεις εμφανίζουν στις διαπολιτιστικές συγκρίσεις μεγαλύτερες ομοιότητες, σε σχέση με τα μεγέθη που αφορούν στην πολιτική συμμετοχή ή την ετοιμότητα για πολιτική συμμετοχή.

Λέξεις κλειδιά: Έλληνες σπουδαστές, πολιτικές στάσεις, πολιτική κουλτούρα, πολιτική συμμετοχή των Ελλήνων, πολιτική Ιδεολογία, πολιτική ένταξη.

1 Politische Kultur und politische Partizipation in Griechenland

Die politische Kultur Griechenlands wird in mehrerer Hinsicht in die Nähe anderer mediterraner Ländern gerückt, beispielsweise in Hinblick auf deren Parteien-Klientilismus, Personalismus oder die herausgehobene Bedeutung des Charismas politischer Führer (Axt, 1999). Historische Besonderheiten liegen sicherlich im Verlauf der Nachkriegsgeschichte, mit einem Bürgerkrieg zwischen 1946 und 1949 und der Militärjunta von 1967 bis 1974. Insofern blickt Griechenland auf eine weniger stabile demokratische Tradition nach dem II. Weltkrieg zurück als viele ihrer westlichen Nachbarn. Dennoch können die demokratischen Verhältnisse inzwischen als konsolidiert gelten und sind in vielerlei Hinsicht zum Objekt politikwissenschaftlicher, soziologischer und psychologischer Arbeiten geworden. Eine herausgehobene große Bedeutung kommt dabei der politischen Partizipation zu, insofern diese eine Grundbedingung für die Stabilität demokratischer Staaten ist. Die Ausführung politischer Partizipation hat ihrerseits etliche Vorbedingungen, die im Rahmen vieler theoretischer und empirischer Arbeiten bearbeitet wurden wenngleich letztere bislang nur einen geringen Raum einnehmen. Auf der individuellen Seite spielen geeignete Muster von politischen Werten, Kontrollüberzeugungen, politischem Vertrauen und politischen Ideologien eine große Rolle. Im Sinne von Klandermans (1997) wird mit diesen Variablen vor allem auf die individuelle Nachfrage- (demand) Seite politischer Partizipation Bezug genommen. Auf diesen Aspekt der politischen Kultur in Griechenland nimmt die vorliegende Studie primär Bezug. Die Fokussierung der demand-Seite verneint dabei keineswegs die Bedeutung soziostruktureller Faktoren, welche die Angebots- (supply-) Seite für das Entstehen politischer Partizipation maßgeblich beeinflussen. Diese Faktoren betreffen beispielsweise die Parteienlandschaft, andere politische Organisationen, deren Mechanismen zur Rekrutierung politisch aktiver Personen oder gesetzliche Rahmenbedingungen der politischen Partizipation. Konkrete Anlässe, man denke an den erneuten Irak-Krieg im Jahre 2003, wirken sowohl auf die Angebots- als auch auf die Nachfrageseite ein. Eine tiefergehende Analyse der Wechselbeziehungen zwischen der demand- und supply-Seite politischer Partizipation würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Weitergehende Ausführungen hierzu sind bei Klandermans (1997) zu finden.

Damit soll zunächst auf bisherige Befunde zu politischen Einstellungen und politischer Partizipation in Griechenland eingegangen werden. Nach Eurobarometer 56 (Europäische Kommission, 2002b) gaben 43% der befragten

Griechen an, ihren politischen Institutionen zu vertrauen. Dieser Wert lag geringfügig oberhalb des europäischen Durchschnitts (40%), auf dessen Höhe sich auch der Wert der deutschen Stichprobe bewegte. Gegenüber der sechs Monate früheren Erhebung (Eurobarometer 55, Europäische Kommission, 2002a) ist der Wert in der griechischen Stichprobe deutlich gestiegen. Zu dem früheren Zeitpunkt lag der Wert (34%) noch geringfügig unterhalb des EU-Durchschnittes. Dieser Befund verdeutlicht, dass querschnittliche Vergleiche nur eine wechselhafte Momentaufnahme liefern. Das politische Vertrauenswerte sehr variabel sind, belegen auch andere Studien (Cusack, 1999; Reef & Knoke, 1999). In Einklang mit kritischen Beiträgen zur Politik in Griechenland, die einen deutlichen Personalismus und Klientilismus (Axt, 1999) sowie damit verbundene geringe Vertrauenswerte konstatieren, stehen Befunde zur Zufriedenheit mit der Demokratie. Nach Eurobarometer 51 (Europäische Kommission, 1999) nimmt Griechenland im europäischen Vergleich eine Schlussposition ein. 53% der Befragten gaben an, mit der Demokratie zufrieden oder sehr zufrieden zu sein. Nur Italien lag darunter (29%). Für Deutschland ergab sich ein Wert von 59%. Am zufriedensten waren die Niederländer (77%). Die relativ niedrigen griechischen Werte können neben dem zuvor angesprochenen Charakter des politischen Systems auch auf den mäßigen Erfolg bisheriger Regierungen zurückgeführt werden, Griechenland als fortschrittliche westliche Industrienation zu etablieren. Dies drückt sich schon allein darin aus, dass das Bruttosozialprodukt des Landes etwa bei der Hälfte des EU-Durchschnitts liegt. Wirtschaftliche Probleme spiegeln sich auch darin wider, dass die Arbeitslosigkeit laut Eurobarometer (Europäische Kommission, 2003, in: To Vima: 27-7-2003) als das größte gesellschaftliche Problem Griechenlands gesehen wird.

Auch in einigen anderen Parametern der politischen Kultur nimmt Griechenland eine untere Position im europäischen Vergleich ein. Während 88% der Befragten in Schweden angaben, täglich oder mehrmals in der Woche Tageszeitungen zu lesen, bilden Portugal (31%) und Griechenland (33%) das Schlusslicht (Europäische Kommission, 1996). Deutschland liegt mit 80% ebenfalls in der Spitzengruppe. Weitere Befragungsergebnisse verdeutlichen, dass auch im Informationsgrad deutliche Schwankungen bestehen. Lag die subjektive Selbstbewertung des Informationsgrades über EU-Fragen laut Eurobarometer 52 (Europäische Kommission, 1999) oberhalb des EU-Durchschnittes, nahm Griechenland in einem Maß für den objektiven Kenntnisstand die drittletzte Position unter den 15 untersuchten Ländern ein. Hier verdeutlicht sich die große Kluft zwischen objektiven und subjektiven Maßen politischen Wissens. Dass die Beschäftigung mit politischen Themen

von dem Kommunikationsmedium bzw. der Kommunikationsform abhängig ist, zeigt sich an der Diskussion über politische Themen. In Deutschland und Griechenland bejahten gleichermaßen über 80% der erwachsenen Bevölkerung im Freundeskreis regelmäßig oder häufig politische Themen zu diskutieren (Europäische Kommission, 1998, 1999). Auch in der Fernsehnutzung zur Information über politische Themen liegt Griechenland in den zuvor genannten Erhebungen oberhalb des EU-Durchschnitts. Daher kann nicht generell von einer geringen Auseinandersetzung griechischer Personen mit der Politik gesprochen werden.

Ein weiteres wichtiges Maß ist die subjektive Wahrnehmung von Einflussmöglichkeiten. Laut Eurobarometer 45 (Europäische Kommission, 1996a) gaben 41% der befragten Luxemburger an, Einflussmöglichkeiten auf ihre nationalen Regierungen zu haben, in England bejahten dies nur 15%. Die Werte aus Griechenland entsprachen mit 22% dem EU-Durchschnitt, die der deutschen Stichprobe lagen etwas darüber (28%). Dieser Wert legt nahe, dass in Griechenland auf der Handlungsebene keine stärkere Entfremdung von dem politischen Handlungsfeld zu erkennen ist als in vielen anderen EU-Ländern. Dieses Ergebnis muss teilweise überraschen. Wenn man die obigen Ausführungen zum Vertrauen in Betracht zieht, wäre ebenfalls eine unterdurchschnittliche Einflusserwartung nahe liegend.

Weiterhin sei noch auf Maße der politischen Partizipation eingegangen. Die Interpretation der Teilnahme an nationalen Parlamentswahlen ist insoweit problematisch, als sie gesetzlich vorgeschrieben ist. Allerdings zeigt sich bei der Beteiligung an Europaparlamentswahlen ein interessantes Resultat: Griechenland nimmt sowohl laut Eurobarometer 45 (Europäische Kommission, 1996) als auch in Eurobarometer 51 (Europäische Kommission, 1999) die Spitzenposition in Europa ein. Dies verdeutlicht zunächst einmal, dass der europäischen Union eine relativ große Bedeutung eingeräumt wird. Dagegen kann allein von diesen Daten nicht auf den Umfang politischer Partizipation in innergriechischen Fragen geschlossen werden.

Zuletzt sei noch auf die Bedeutung des Geschlechtes für die politische Partizipation eingegangen. Die griechische Gesellschaft wurde bis in die jüngere Zeit als stark patriarchalisch orientiert beschrieben (Dobratz, 1992; Stratigaki, 1988), wobei Unterschiede zwischen ländlichen Gegenden und Metropolen berücksichtigt werden müssen (Dobratz, 1992; Lambiri-Dimaki, 1984). Nach diesen besteht in ländlichen Gegenden ein größeres Partizipationsgefälle zu Ungunsten der weiblichen Bevölkerung. Auch Eurobarometer Erhebungen (Europäische Kommission, 1998) legen eine im Durchschnitt geringere Partizipation sowie ein geringeres politisches Interesse der weiblichen Bevölkerung

nahe. Diese Befunde stehen in Einklang mit der frühen Übersicht von Milbrath und Goel (1977), die Geschlechterunterschiede in der politischen Partizipation als eines der empirisch am besten abgesicherten Ergebnisse betrachten, wenngleich spätere Befunde ein widersprüchliches Bild zeichnen (vgl. Christy, 1987). Wichtige Moderatoren für die Stärke der Zusammenhänge sind die soziale Schicht sowie die Normen der Referenzgruppe potenziell aktiver Frauen und Männer.

Mit der vorliegenden Studie wird eine Erweiterung der Datenbasis zur politischen Partizipation in Griechenland und deren Hintergrundfaktoren angestrebt. Sie hat einen primär explorativen Charakter und soll weiteren Studien Orientierungspunkte liefern. Mit der Beschränkung auf Studierende ist eine sehr stark selektierte Auswahl von Bürgern erfasst. Eine Generalisierung der Resultate auf die Bevölkerung Griechenlands verbietet sich damit automatisch. Dennoch liefert auch die Untersuchung einer spezifischen Gruppe einen wichtigen Mosaikstein in dem großen Arbeitsgebiet der Partizipationsforschung. Eine besondere Bereicherung erfahren die nachfolgend dargestellten Befunde dadurch, dass parallele Erhebungen in Deutschland und Kolumbien durchgeführt wurden. Indem auf diese Bezug genommen wird, ergeben sich verbesserte Interpretationsmöglichkeiten der griechischen Resultate.

2 Methodische Aspekte der Studie

Stichprobe. An der Untersuchung nahmen 214 Studierende der Politikwissenschaften und 161 Studierende der Psychologie teil. Während die Psychologiestudierenden vor allem an der Universität von Ioannina studierten, wurden die Studierenden der Politikwissenschaften überwiegend an der Universität von Athen rekrutiert. Das durchschnittliche Alter der ersten Teilstichprobe lag bei 20.3 Jahren ($SD = 3.5$, Range = 17 - 48 Jahre), das der zweiten Teilstichprobe bei 20.2 Jahren ($SD = 2.5$, Range = 17 - 32 Jahre). Die Mehrzahl der Studienteilnehmer befand sich im ersten Semester (63.7%), die durchschnittliche Semesterzahl lag bei 2.9 ($SD = 3.0$, Range = 1-11). Deutliche Unterschiede bestehen bei der Geschlechterverteilung: Während 91.2% der Psychologiestudierenden weiblich sind, waren es nur 58.4% der Politikwissenschaftler. Dieser Umstand kann zu der Konfundierung von Geschlechter- und Fächereffekten führen und muss bei den nachfolgenden Analysen besonders beachtet werden.

Skalen. Kontrollüberzeugungen, Vertrauen und Werten wurden in Bezug auf allgemeine politische Ziele erfasst. Die zur Messung verwendeten Items sind an einem von Krampen (1991a) entwickelten Instrument orientiert, in ihrem Inhalt aber stärker an Zielsetzungen der studentischen Lebenswelt ausgerichtet. Folgende Ziele werden erfasst: "Verbesserung der Qualität der universitären Ausbildung", "Verbesserung der Menschenrechtssituation", "Erhöhung des Engagements der Bevölkerung in politischen Fragen", "Erhaltung von Natur- und Tierwelt", "Beseitigung von Korruption in der Politik", "Schaffen einer friedlichen Welt", "Abbau sozialer Ungerechtigkeiten", "Erhöhung des studentischen Einflusses" und "Unterstützung von Kranken und Behinderten". Mit zwei Items wird die Ausprägung linker und rechter politischer Ideologien erfasst.

Weiterhin werden die politische Partizipation sowie Partizipationsbereitschaften in Bezug auf konkrete politische Aktivitäten erfasst. Diese reichen von der Wahlteilnahme bis hin zu politischer Gewalt (Items: Wahlteilnahme, Überredung zur Wahl, Teilnahme an Wahlkampfveranstaltung, Tragen von politischen Aufklebern und Plaketten, finanzielle Spenden an politische und soziale Organisationen, Teilnahme an genehmigten und ungenehmigten Demonstrationen, Teilnahme an Streiks, Besetzungen, Blockaden und Boykotts sowie Gewalt gegen Personen oder Sachen). Bei diesen Aktivitäten ging es nicht um eine erschöpfende Erfassung aller möglicher Partizipationsformen, sondern um eine gezielte Abbildung von Partizipationsformen mit sehr unterschiedlichem Protestcharakter. Eine weitere Skala mit fünf Items, die in 3.5 näher beschrieben ist, erfasst den medienbezogenen Umfang politischer Informationsaktivitäten.

Durchführung. Die Fragebögen wurden in Lehrveranstaltungen der Psychologie und Politikwissenschaften zur sofortigen Beantwortung an die Studierenden ausgegeben. Über 90% der anwesenden Studierenden kamen dieser Bitte nach. Insofern weist die Stichprobe wenige Selektionseffekte auf. Gleichzeitig bedingte diese Erhebungsmethode, mit der eine höchstmögliche Repräsentativität für die untersuchten Gruppen gewährleistet werden sollte, die problematische Geschlechterverteilung in den Teilstichproben der Psychologie- und Politikstudierenden.

Auswertung. Wie zuvor bereits erwähnt besteht die Gefahr einer Konfundierung von Geschlechter- und Fächereffekten bei der Analyse von Unterschieden zwischen Psychologie- und Politikstudierenden. Um diese zu erfassen, wird mit Varianzanalysen gearbeitet. Da für das Geschlecht und Studienfach immer $df = 1$ gilt, wird dies im laufenden Text nicht mehr angegeben. Aus

Gründen der Übersichtlichkeit werden auch die Freiheitsgrade innerhalb der Gruppen nicht erwähnt. Diese liegen in der Gesamtstichprobe jeweils um 360. Geringe Abweichungen hiervon sind interpretatorisch praktisch irrelevant. Gearbeitet wird zum Teil auch mit logistischen Regressionen. Die Darstellung beschränkt sich weitgehend auf signifikante Effekte, um die Menge der statistischen Informationen in einem überschaubaren Umfang zu halten. Festgelegt wird das Signifikanzniveau $\alpha = .05$.

Methodische Anmerkung zu interkulturellen Vergleichen. Insofern nachfolgend in Auszügen auf die Ergebnisse von parallelen Erhebungen in Deutschland und Kolumbien Bezug genommen wird, stellt sich die Problematik der sinnvollen interkulturellen Vergleichbarkeit. Die Darstellung der hierzu nötigen statistischen und inhaltlichen Analysen würden den Rahmen dieses Artikels sprengen, sind aber bei Schmidt (2002) aufgeführt. Diese Auswertungen ergaben, dass im Wesentlichen eine qualitative Vergleichbarkeit vorliegt, weshalb der Vergleich korrelativer Zusammenhänge sinnvoll ist. Ein direkter Vergleich der Scores auf den zielbezogenen Items ist hingegen sehr problematisch und führt zu groben Fehlinterpretationen. Daher basiert der Vergleich dieser Skalen nur auf der Rangfolge der Items innerhalb der jeweiligen Länderstichprobe. Direkte Vergleiche der Itemscores finden bei den Items zu politischen Informationsaktivitäten und zur politischen Partizipation statt.

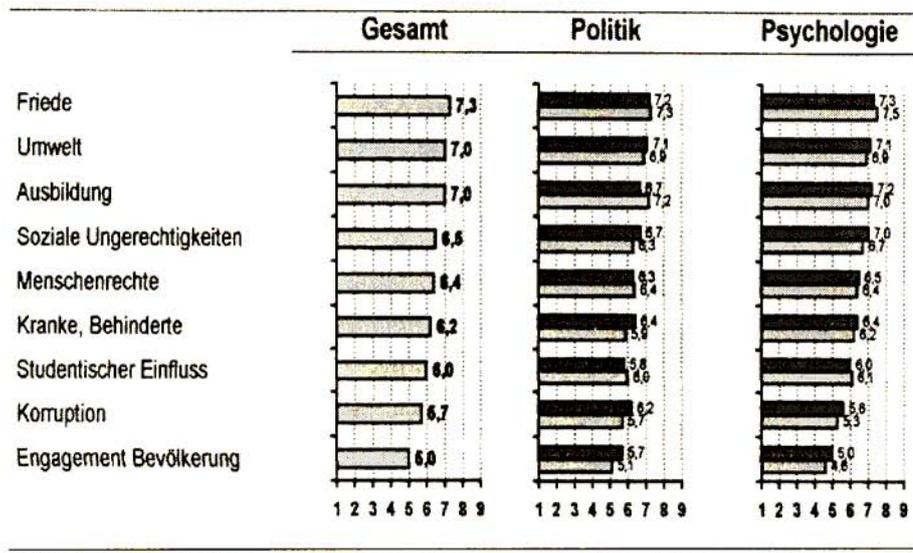
3 Ergebnisse

3.1 Politische Werte

Individuelle Werthaltungen werden im Rahmen verschiedenster theoretischer Kontexte als maßgebliche verhaltenssteuernde Faktoren angesehen, so in Erwartungs-Wert-Theorien (Ajzen, 1985; Krampen, 1987; Kuhl, 1983), in der Materialismus-, Postmaterialismus-Einteilung von Inglehart (1979) oder in Rokeachs (1972) Arbeit zu instrumentellen oder terminalen Werten. An dieser Stelle interessiert eine stark eingegrenzte Menge von Werten, nämlich solche, die auf politische Inhalte bezogen sind. Gefragt wurde bezüglich der o. g. Ziele "Wie wichtig sind Ihnen folgende Ziele in Ihrem gegenwärtigen Leben?". Am höchsten bewerten griechische Studierende "Schaffen einer friedlichen Welt", "Erhaltung von Natur- und Tierwelt" sowie "Verbesserung der Qualität der universitären Ausbildung" (Abbildung 1). Deutlich darunter befindet sich die Bewertung der Ziele "Erhöhung des Engagements der Bevölkerung in politischen Fragen", "Beseitigung von Korruption in der Politik" und "Erhöhung

des studentischen Einflusses“.

Die Verläufe sind für Psychologie- und Politikstudierende sehr ähnlich. Signifikante Unterschiede ergeben nur für das Item „Erhöhung des Engagements der Bevölkerung in politischen Fragen“. Sowohl das Studienfach ($F = 4.9, p = .028$) als auch das Geschlecht ($F = 4.3, p = .038$) erweisen sich als relevante Einflussgrößen. Politikstudierende bewerten dieses Ziel höher als Psychologiestudierende. Weiterhin wird das Ziel von männlichen Studierenden höher bewertet als von weiblichen. Auch für das Item zur Korruption ergeben sich ähnliche Effekte, die allerdings die Signifikanzgrenze knapp verfehlen. Diese Resultate verweisen darauf, dass politische Ziele von Psychologie- und Politikstudierenden, bzw. von weiblichen und männlichen Studierenden überwiegend ähnlich bewertet werden. Dennoch können sich deutlich unterschiedliche Verhaltenstendenzen ergeben, wie in den Abschnitten 3.6 bis



3.8 ausgeführt wird.

Abb. 1. Politische Werte - Mittelwerte

Skalenwerte: Minimum = 1; Maximum = 9. Dunkler Balken: männlich; heller Balken: weiblich. Standardabweichungen: Range von 0.8 bis 2.5, Median 1.9.

Im interkulturellen Vergleich nehmen auch in den deutschen und kolumbianischen Stichproben die beiden Ziele Menschenrechte und Umwelt die Spitzenpositionen ein. Wie in Griechenland liegen des weiteren die Items zum Engagement der Bevölkerung der Korruption und dem Einfluss der Studie-

renden in den Schlusspositionen. Insofern bestehen deutliche Ähnlichkeiten in der Rangliste. Dass gerade die Korruption und das Engagement der Bevölkerung einen unteren Platz in der Rangfolge einnehmen, kann daran liegen, dass es sich nicht im gleichen Maße um grundlegende kulturelle Werte handelt, wie die Sicherung der Menschenrechte oder der Erhalt der Umwelt. Die wichtigste Abweichung ergibt sich bei dem Item zur universitären Ausbildung, das in der griechischen Stichprobe auf Rang drei liegt, in Kolumbien und Deutschland aber auf Rang sechs. An dieser Stelle muss offen bleiben, ob dies darauf zurückzuführen ist, dass dieses Ziel in Griechenland dauerhaft höher bewertet wird oder zum Zeitpunkt der Erhebung einfach als tagespolitisches Thema bedeutender war.

3.2 Politische Kontrollüberzeugungen

Ein ganz anderes Bild ergibt sich bei den Kontrollüberzeugungen. Die zu Grunde gelegte Frage lautete: "Inwieweit sehen Sie sich persönlich in der Lage, zur Erreichung folgender Ziele beizutragen?". Nahm "Schaffen einer friedlichen Welt" zuvor die Spitzenposition ein, liegt es jetzt auf dem sechsten Rang (Abbildung 2). Mit großem Abstand steht, ähnlich der deutschen und kolumbianischen Stichprobe, "Erhaltung von Natur- und Tierwelt" an der Spitze, gefolgt von den Items "Unterstützung von Kranken und Behinderten" und "Abbau sozialer Ungerechtigkeiten". Dass das Item zum Frieden eine nachgeordnete Position einnimmt, kann als Ausdruck eines Realitätsbezuges in der Beurteilung der eigenen Einflussmöglichkeiten gesehen werden. Das Ziel friedliche Welt ist deutlich auf den internationalen Kontext bezogen und daher besonders weit entfernt von den Handlungen individueller Akteure. Plausibel erscheint deshalb die höhere Bewertung der Einflussmöglichkeiten der anderen drei bisher genannten Ziele. Umweltschutz hat unmittelbar Bezüge zu dem individuellen Verhalten der Bürger, zu ihren Kauf- und Konsumgewohnheiten. Die Unterstützung von Kranken und Behinderten geschieht oftmals im sozialen Nahraum. Auf Basis dieser Argumentation muss es jedoch überraschen, dass die Einflussmöglichkeiten in Bezug auf die Erhöhung des studentischen Einflusses noch niedriger bewertet werden als zum Frieden, ist doch mit dem erstgenannten Item auch das unmittelbare Lebensumfeld der Studierenden angesprochen. Dies macht wiederum eine Grenze des Rationalitätsargumentes deutlich. Spekulativ kann davon ausgegangen werden, dass zudem Werte und Kontrollüberzeugungen subjektiv möglichst kohärent in dem Sinne repräsentiert sind, dass bei höher bewerteten Zielen tendenziell größere Einflussmöglichkeiten wahrgenommen werden. Derartige Zusammenhänge wären selbst-

wertförderlich. Für diese Interpretation spricht die positive Korrelation der in Abschnitt 3.8 eingeführten Skalen zu Werten und Kontrollüberzeugungen (siehe Tabelle A1).

Bei den Kontrollüberzeugungen zeigt sich im Fächervergleich ein ähnliches Bild wie bei den Werten. Das Profil der Psychologie- und Politikstudierenden ist sehr ähnlich. Die beiden größten Effekte treten in Bezug auf die Items zur Partizipation der Bevölkerung ($F = 21.2, p < .001$) und zur Korruption auf ($F = 10.2, p = .002$). Politikstudierende geben jeweils höhere Einflussmöglichkeiten an als Psychologiestudierende. Das Gleiche ist auch bei dem Item zum Schaffen einer friedlichen Welt der Fall ($F = 5.0, p = .026$), wengleich mit deutlich geringerer Effektstärke. Weibliche Studierende geben eine tendenziell höhere Erwartung an, zur Erreichung dieses Ziels beitragen zu können ($F = 3.2, p = .074$). Ein weiterer signifikanter Fächereffekt tritt auf: Politikstudierende geben eine etwas höhere Kontrollüberzeugung hinsichtlich der Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten an als Psychologiestudierende ($F = 4.8, p = .029$). Dieser Befund legt nahe, dass dieses Item trotz der Verwendung des Terminus "sozial" eine politische Konnotation inne hat.

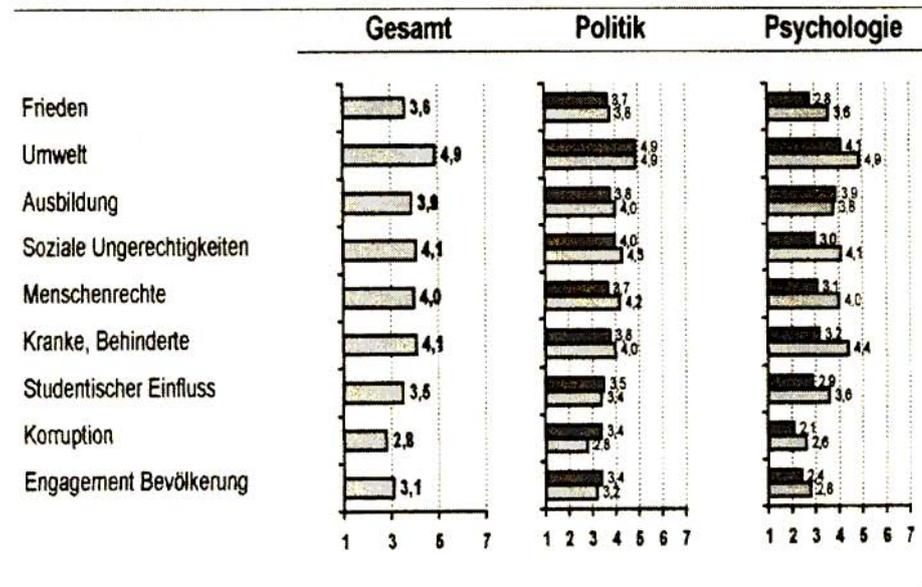


Abb. 2. Politische Kontrollüberzeugungen - Mittelwerte

Skalenwerte: Minimum = 1; Maximum = 7. Doppelbalken: dunkler Balken: männlich; heller Balken: weiblich. Standardabweichungen: Range von 1.0 bis 2.5, Median: 1.5.

Bis zu diesem Punkt bleibt folgender, interpretativ relevanter Befund festzuhalten: Wenn statistisch signifikante Fächerunterschiede auftreten, dann nur in einer Richtung: Politikstudierende geben höhere Einflussbewertungen an als Psychologiestudierende. Dies erscheint plausibel, da das Studium der Politik vor allem dann sinnvoll ist, wenn die Erwartung besteht, in politischen Belangen etwas bewirken zu können. Daher überraschen eher die zumeist geringen Effektstärken.

Die Geschlechtereffekte weisen überwiegend in eine Richtung: Weibliche Studierende geben höhere Einflussbewertungen an als männliche Studierende. Signifikante Unterschiede treten außer dem bisher genannten Item zum Frieden auch in Bezug auf Menschenrechte ($F = 10.1, p = .002$), Umwelt ($F = 7.0, p = .009$), soziale Ungerechtigkeiten ($F = 7.9, p = .005$) und die Unterstützung von Kranken und Behinderten ($F = 8.1, p = .005$) auf. Dies ist insoweit überraschend, als vor allem in älteren Studien (Milbrath und Goel, 1977) aber auch in neueren Studien (Christy, 1987) die entgegengesetzte Effektrichtung dominiert. Eine Interpretation dieser Effektrichtung muss berücksichtigen, dass die Geschlechterunterschiede bei Psychologiestudierenden erheblich deutlicher sind, was sich u. a. in signifikanten Interaktionseffekten zwischen Geschlecht und Studienfach zeigt (Kranke: $F = 4.7, p = .031$; Korruption: $F = 4.4, p = .038$). Vor allem männliche Psychologiestudierende geben gegenüber den anderen Gruppen geringere Kontrollüberzeugungen an. Eine Interpretation dieses Befundes wird abschließend unter Berücksichtigung weiterer Ergebnisse erfolgen.

3.3 Politisches Vertrauen

Für das politische Vertrauen ergibt sich erneut ein anderes Muster als bei den Kontrollüberzeugungen und den Werten. Gefragt wurde: "In welchem Maße tragen die politischen und sozialen Rahmenbedingungen in Griechenland zur Erfüllung folgender Aufgaben bei?". Die Formulierung der Frage orientiert sich an dem Vertrauenskonzept von Krampen (1987). In diesem wird Vertrauen als Erwartungshaltung definiert, nach der "in vielen Lebenssituationen auch ohne eigenes Handeln subjektiv angenehme, positiv bewertete Ergebnisse und/oder Folgen auftreten" (Krampen, 1987a, S. 98-99). Deutliche Bezüge bestehen weiterhin zu dem Vertrauenskonzept von Easton (Easton 1965), das in den Politikwissenschaften geläufig ist. Easton definierte Vertrauen als "the probability... that the political system (or some part of it) will produce preferred outcomes, if left untended" (S. 54).

Das größte Vertrauen haben die Studierenden darin, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Griechenlands eine Einhaltung der Menschenrechte fördern (Abbildung 3). Das Gleiche ist in Deutschland der Fall, während dieses Item in der kolumbianischen Stichprobe auf Rang fünf liegt. Dieser Unterschied hat eine kulturelle Grundlage, insofern die Menschenrechtssituation in Kolumbien erheblich schlechter ist als in Griechenland oder Deutschland. Vergleichsweise groß ist auch das Vertrauen der griechischen Studierenden in die soziopolitischen Rahmenbedingungen als Förderer einer friedlichen Welt. Auch hier nimmt das entsprechende Item den zweiten Rang in Deutschland ein, in Kolumbien hingegen den letzten. Dieser Unterschied ist auf eine abweichende Itemformulierung in der kolumbianischen Stichprobe zurückzuführen, da sich das dort verwendete Item nur auf den Frieden im eigenen Land bezog. Zugleich entspricht das Resultat der prekären innenpolitischen Situation Kolumbiens. Die zuletzt genannten Befunde verweisen darauf, dass sich auf Basis der subjektiven Einschätzungen zumindest bei Extremsituationen sinnvolle Bezüge zu innenpolitischen Problematiken herstellen lassen.

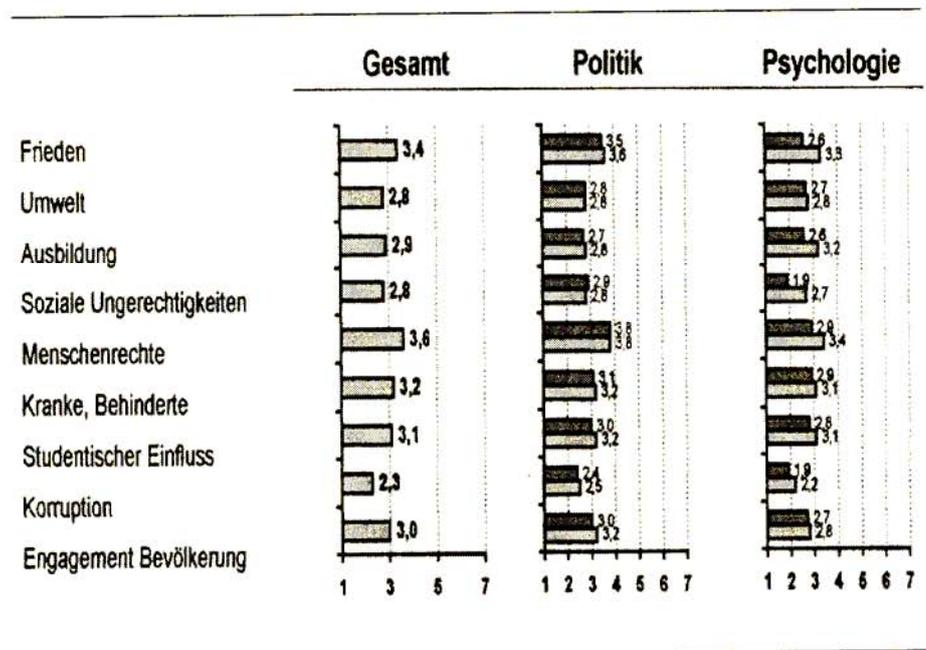


Abb. 3. Politisches Vertrauen - Mittelwerte

Skalenwerte: Minimum = 1; Maximum = 7. Doppelbalken: dunkler Balken: männlich; heller

Balken: weiblich. Standardabweichungen: Range: 0.5 – 1.7. Median: 1.3

Das Item zur Korruption liegt mit deutlichem Abstand auf dem letzten Platz. Sehr kritisch wird demnach von den griechischen Studierenden die Möglichkeit der gesellschaftlichen Umstände bewertet, ein den offiziellen Normen und Regeln gemäßen Ablauf politischer Prozesse zu gewährleisten. Dies steht durchaus in Einklang mit den Eingangs genannten kritischen Einschätzungen der politischen Verhältnisse Griechenlands (Axt, 1999). Allerdings nimmt dieses Item auch in Deutschland und Kolumbien die drittletzte Position ein. Große Vorbehalte gegenüber dem regelgerechten Ablauf staatlicher Prozesse sind also keineswegs spezifisch für Griechenland.

Neben der Rangfolge der Items ist auch die absolute Höhe der mittleren Vertrauenswerte interpretatorisch relevant. Im Durchschnitt werden bei den Vertrauensitems deutlich niedrigere Werte angegeben als bei den Kontrollüberzeugungsitems. Die Mittelwerte bewegen sich, von einer Ausnahme abgesehen, in der unteren Hälfte der Skala. Dies verdeutlicht, dass von einem generell niedrigen Vertrauen in die staatlichen Institutionen gesprochen werden muss.

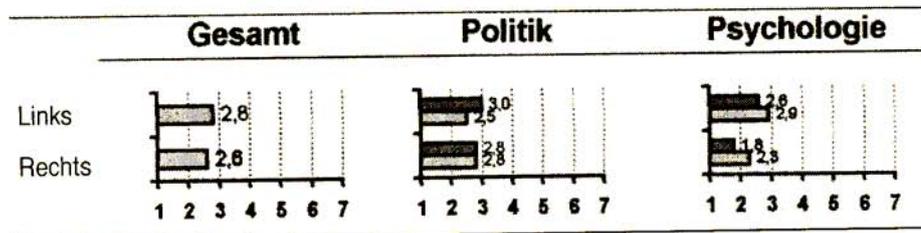
Fächer- und Geschlechterunterschiede sind weniger ausgeprägt als bei den Kontrollüberzeugungen. Dabei nehmen signifikante Fächerunterschiede wiederum nur eine Richtung an: Politikstudierende geben größere Vertrauenswerte als Psychologiestudierende an. Dies betrifft die Items zu den Menschenrechten ($F = 9.5, p = .002$), sozialen Ungerechtigkeiten ($F = 7.7, p = .006$) und zur friedlichen Welt ($F = 4.9, p = .027$). Möglicherweise kann dies auf einen höheren Informationsgrad der Politikstudierenden zurückgeführt werden. Bessere Kenntnisse der Wirkmechanismen könnten zu einer höheren Bewertung der gesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten führen, zumindest auf dem Hintergrund einer stabilen Demokratie. Dennoch stellt sich bei dieser Argumentation die Frage, warum nicht durchweg höhere Vertrauenswerte angegeben werden. Interessant ist, dass die beiden Items zu der Korruption und Partizipation der Bevölkerung nur unbedeutende Unterschiede aufweisen, während bei diesen zuvor die größten Fächereffekte auftraten.

Folgender Geschlechtereffekt wird signifikant. Weibliche Studierende geben ein höheres Vertrauen als ihre männlichen Kommilitonen ($F = 4.2, p = .042$) darin an, dass Staat und Gesellschaft eine qualitativ hochwertige universitäre Ausbildung fördern. Die Effektstärke ist jedoch gering. Signifikante Interaktionen zwischen Fach und Geschlecht treten nicht auf, allerdings ergeben sich auch hier in konsistenter Weise größere Fächereffekte bei den männlichen als bei den weiblichen Studierenden. Männliche Psychologiestudierende zeigen im Durchschnitt ein geringes Vertrauen. Dieser Befund fügt sich in die

vorherigen Ergebnisse zu den Kontrollüberzeugungen ein und verweist auf eine politisch besonders entfremdete männliche Psychologiestudierende. Die vorläufige Annahme der Entfremdung bedarf jedoch der Erhärtung durch die weiteren Befunde, insbesondere der zur Partizipation.

3.4 Politische Ideologien

Politische Ideologien sind in dieser Studie mittels zweier unipolarer Items erfasst worden. Die zweidimensionale Messung erscheint berechtigt, da diese Skalen nur mit $r = -.27$ korrelieren (Tabelle A1). Gefragt wurde: "Meine politische Orientierung würde ich als links beschreiben.", bzw. "Meine politische Orientierung würde ich als rechts beschreiben.". Die Studierenden



geben im Mittel weder eine ausgeprägt rechte, noch linke Orientierung an.

Abb. 4. Politische Ideologie - Mittelwerte

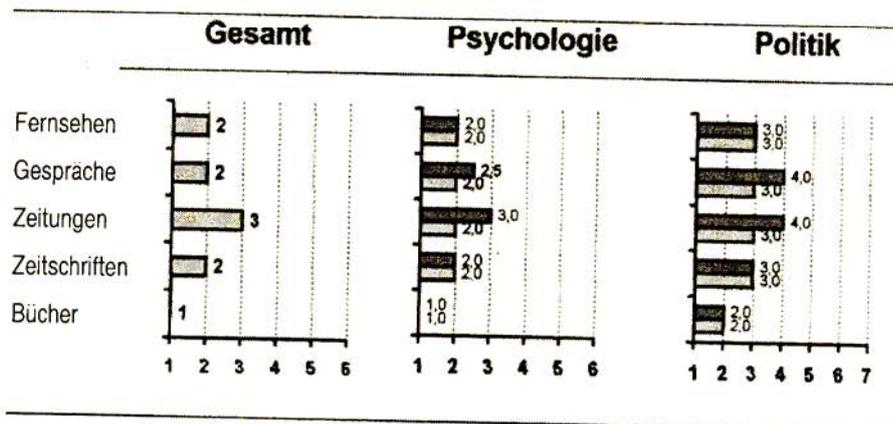
Skalenwerte: Minimum = 1; Maximum = 7. Bei Doppelbalken: dunkler Balken: männlich; heller Balken: weiblich. Standardabweichungen: Range: 1.3 - 2.0. Ein Ausreißer in der Teilstichprobe männlicher Psychologiestudierender ($SD = 1.3$).

Die Geschlechtereffekte bleiben nichtsignifikant, der Fächereffekt wird für die rechte politische Orientierung signifikant. Politikstudierende weisen demnach etwas höhere rechte Orientierungen auf als Psychologiestudierende ($F = 6.3, p = .012$). Dies weist auf eine konservativere Einstellung der Politikstudierenden hin. Das gleiche Resultat findet sich auch bei deutschen und kolumbianischen Studierenden. Somit ist eine im Vergleich zu Psychologiestudierenden konservativere politische Einstellung von Politikstudierenden keine Besonderheit der griechischen Stichprobe.

3.5 Politische Information

Eine zentrale Grundlage sinnvoller aktiver politischer Partizipation ist es, in ausreichendem Umfang über politische Geschehnisse informiert zu sein. Wie sind die entsprechenden Befunde bei griechischen Studierenden? Erfragt wurde

die Häufigkeit der Ausführung folgender Aktivitäten: "Politische Beiträge im Fernsehen sehen", "Gespräche über politische Themen führen", "Lesen politischer Artikel in Zeitungen", "Lesen politischer Beiträge in Zeitschriften", "Lesen von politischen Büchern". Das Item zur Diskussion ist strenggenommen nicht als Informationsaktivität zu bezeichnen. Dennoch kann es unter der Bezeichnung "passive politische Partizipation" sinnvoll mit den anderen hier genannten Aktivitäten zusammengefasst werden, insofern normalerweise keine der genannten Aktivitäten eine unmittelbare politische Einflussnahme auf



die Machtinhaber umfasst.

Abb. 5. Politische Information - Median

Skalierung: 1 = mehrmals täglich/2 = täglich/3 = mehrmals in der Woche/4 = mehrmals pro Monat/5 = mehrmals im Jahr/6 = fast nie Bei Doppelbalken: dunkler Balken: männlich; heller Balken: weiblich.

Obwohl die Antwortskala strenggenommen ordinalskaliert ist, werden aus Gründen der Einheitlichkeit zu den vorherigen Berechnungen ebenfalls Varianzanalysen durchgeführt. Eine partielle Rechtfertigung liegt darin, dass die Produkt-Moment-Korrelationen und die Rangkorrelationen der Aktivitäten nach Spearman mit dem Fach und Geschlecht fast identisch sind. Zudem liefern nichtparametrische Tests (z. B. Mann-Whitney Tests) ähnliche Ergebnisse.

Die auf diese Weise ermittelten Ergebnisse verdeutlichen zweierlei (Abbildung 5): Zum einen geben Politikstudierende durchweg mehr politische Informationsaktivitäten an als Psychologiestudierende. Für alle Aktivitäten werden die Fächereffekte mit $p < .001$ ($113.7 < F < 301.5$) hoch signifikant. Dieses Ergebnis erscheint allein schon wegen der unterschiedlichen universitären Erfordernisse bei der Beschäftigung mit politischen Themen

zwingend. Insofern muss es bei den Politikstudierenden eher noch verwundern, dass der Median der meisten Aktivitäten vergleichsweise tief ausfällt. Selbst bei Zeitungen und Gesprächen liegt er lediglich bei der Antwortstufe "mehrmals pro Monat". Die darüber liegende Stufe erscheint erheblich plausibler. Entsprechend liegt der Median bei deutschen und kolumbianischen Studierenden jeweils um ein oder zwei Stufen höher. Dieser Umstand verweist auf eine besonders niedrige Involvierung griechischer Studierender in politische Themen und kann als Zeichen einer starken politischen Entfremdung interpretiert werden.

Weiterhin werden die Geschlechtereffekte bei allen Items signifikant. Allerdings sind die Effektstärken deutlich geringer als zuvor ($7.0 < F < 22.0$, $p < .01$). Alle Geschlechtereffekte weisen nur in eine Richtung. Weibliche Studierende geben weniger politische Informationsaktivitäten an als männliche Studierende. Dies entspricht auch den Befunden diverser Studien (Achatz et al., 1999; Christy, 1987; Dobratz, 1992; Europäische Kommission, 1998). Das gleiche Resultat ergibt sich auch in den beiden anderen Länderstichproben. Unabhängig von den konkreten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ergibt sich also ein geringeres Interesse weiblicher Studierender an politischen Fragen. Wie die Skalen zu den Werten, dem Vertrauen und den Kontrollüberzeugungen verdeutlichen, gibt es hierfür aber keine erkennbare Grundlage in den zuvor besprochenen handlungstheoretischen Variablen.

3.6 Politische Partizipation

Partizipationsformen im Umfeld des Wählens gehören unter griechischen Studierenden zu den am häufigsten ausgeführten Partizipationsformen (Abbildung 6). Dabei nimmt die Wahlteilnahme die erste Stelle ein. Dieses Item ist insoweit problematisch, als die jüngeren Teilnehmer an der Erhebung zum Zeitpunkt der Wahl noch keine Wahlberechtigung innehatten. Werden diese ausgeschlossen, steigt der Anteil auf 46,3 Prozent. Dieser Prozentsatz ist als niedrig einzustufen, wenn man die gesetzliche Verpflichtung zur Teilnahme an nationalen Wahlen berücksichtigt. Insofern ist die Wahlteilnahme, obwohl sie in der Häufigkeit an erster Stelle steht, doch eher ein Ausdruck von Politikverdrossenheit als von einer aktiven partizipativen Kultur. In Deutschland und Kolumbien wurde keine Wahlteilnahme erfragt, da in dem erfragten Zeitraum keine Parlaments-, bzw. Präsidentenwahlen stattfanden.

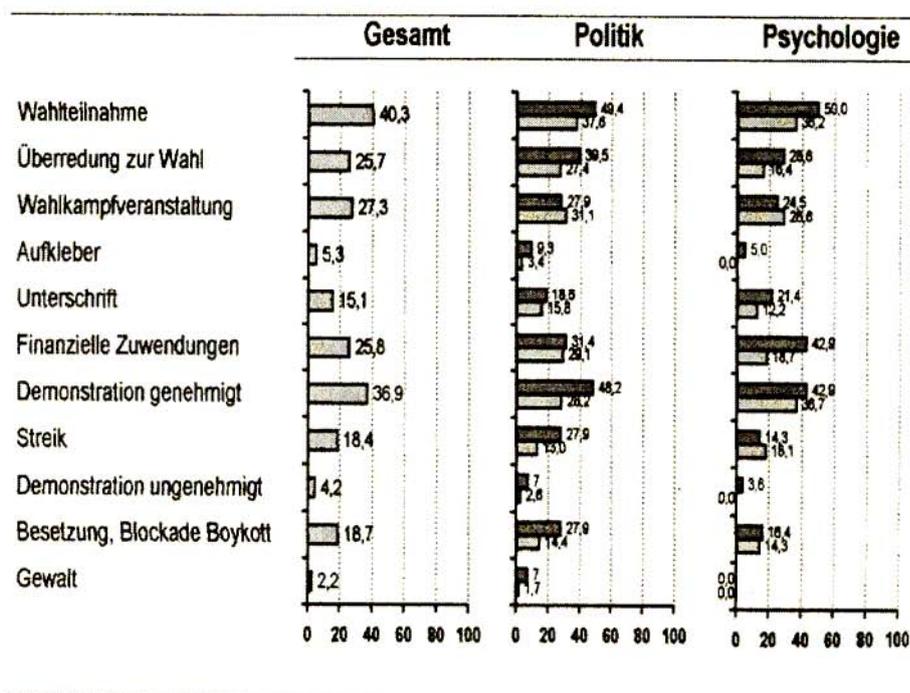


Abb. 6. Politische Partizipation Ausführung in Prozent während der letzten 12 Monate - Prozent

Skalenwerte: Minimum = 1; Maximum = 7. Bei Doppelbalken: dunkler Balken: männlich; heller Balken: weiblich. Standardabweichungen: Range: 1.1 – 1.8. Median: 1.4

Unter den konventionellen politischen Aktivitäten spielen auch finanzielle Zuwendungen an politische wie soziale Organisationen eine nicht unerhebliche Rolle. Ca. ein Viertel der Befragten geben an, eine solche Aktivität in den vergangenen 12 Monaten ausgeführt zu haben. Geldspenden spielen in Deutschland (38,7%) eine größere, in Kolumbien (10,3%) eine geringere Rolle. Vergleichsweise selten wird das Tragen von Aufklebern und Plaketten sowie die Teilnahme an Unterschriftensammlungen bejaht. Auch bei diesen Items zeigen sich wichtige Unterschiede im interkulturellen Vergleich. Die Ausführung dieser politischen Aktivitäten wird in Deutschland (11,6%, 74,7%) und Kolumbien (19,0%, 57,2%) wesentlich häufiger angegeben.

Unter den Protestaktivitäten ist die Demonstrationsteilnahme mit großem

Abstand am häufigsten, am seltensten dagegen die Teilnahme an gewaltsamen Aktionen. Auch die Teilnahme an ungenehmigten Demonstrationen ist selten. Ähnliche Werte ergeben sich in Deutschland (37,2%, 3,0%, 7,5%) und Kolumbien (47,8%, 3,2%, 5,5%). Die Teilnahme an Boykotts, Besetzungen und Blockaden sind in Griechenland im Vergleich zu Deutschland (9,0%) und Kolumbien (4,5%) aber deutlich häufiger. Große Unterschiede ergeben sich im internationalen Vergleich ebenfalls bei dem Item zu Streiks. Diese werden in Kolumbien (17,3%) ähnlich häufig, in Deutschland seltener angegeben (11,0%). Während die Häufigkeit der Ausführung konventioneller politischer Aktivitäten bei den griechischen Studierenden zumeist geringer ist als in Deutschland und Kolumbien, ist dies bei Protestaktivitäten nicht der Fall. Dieses Ergebnis kann im Sinne eines nicht unerheblichen Politikverdrosses interpretiert werden. Die Befunde verweisen insgesamt auf deutliche kulturelle Unterschiede in den gängigen politischen Handlungsformen.

Zur Ermittlung des Fächer- und Geschlechtereinflusses werden im Fall der binär kodierten politischen Aktivitäten logistische Regressionen verwendet. Interessanterweise zeigen sich im Gegensatz zu den politischen Informationsaktivitäten kaum signifikante Fächereffekte. Einzig bei der Überredung zur Wahl ergibt sich ein signifikanter Unterschied im Sinne einer größeren Ausführungshäufigkeit bei Politikstudierenden ($B = .61, p = .026$). Im Gegensatz hierzu sind Geschlechtereffekte häufiger. Dies ist bei den Items zur Wahlteilnahme ($B = -.50, p = .052$), zur Wahlüberredung ($B = -.58, p = .034$), zu Geldspenden ($B = -1.2, p = .042$), zu Streiks ($B = -.66, p = .029$) und zu Besetzungen ($B = -.64, p = .040$) der Fall. Alle signifikanten Effekte haben nur eine Richtung: Weibliche Studierende partizipieren weniger als männliche. Die Ergebnisse fügen sich gut in frühere Befunde zu einer geringeren Partizipation der weiblichen Bevölkerung ein. Dagegen überrascht, dass bei Politikstudierenden kein konsistent höheres politisches Engagement auftritt. In Hinblick auf politische Alltagsaktivitäten scheint das Politikstudium also keine unmittelbar förderlichen Auswirkungen zu haben.

Im Zusammenhang mit der Beantwortung von Items zur politischen Gewalt ist die Frage nach Verfälschungen und Auslassungen relevant. Ein möglicher Hinweis hierauf wäre eine gegenüber den anderen Items erhöhte Zahl der Missing-Werte. 3% der Studierenden machen keine Angaben zur Ausführung illegaler Protestaktivitäten. Dieser Wert bewegt sich auf dem Niveau der Auslassungen bei den anderen Items. Zudem weist die griechische Subgruppe der Nichtantwortenden keine Besonderheiten auf, die bewusste Verfälschungen nahe legen. Daher sind substantielle Fehler bei der Schätzung des Anteils gewaltbereiter Personen nicht anzunehmen.

3.7 Politische Partizipationsbereitschaften

Politische Partizipationsbereitschaften wurden in Bezug auf die im letzten Abschnitt genannten politischen Aktivitäten erhoben. Das Profil der Partizipationsbereitschaften ist dabei dem Profil der vergangenen Aktivitäten sehr ähnlich (Abbildung 7). Die Rangkorrelation der Mittelwerte der Partizipationsbereitschaften mit der Ausführungshäufigkeit politischer Aktivitäten beträgt .90 ($p < .001$). Am höchsten ist die Bereitschaft zu Aktivitäten im Umfeld des Wählens sowie zur Teilnahme an genehmigten Demonstrationen, Streiks und Geldspenden. In Deutschland und Kolumbien ergeben sich ebenfalls ähnliche Muster, wie im letzten Abschnitt. Auf diese wird daher nicht näher eingegangen.

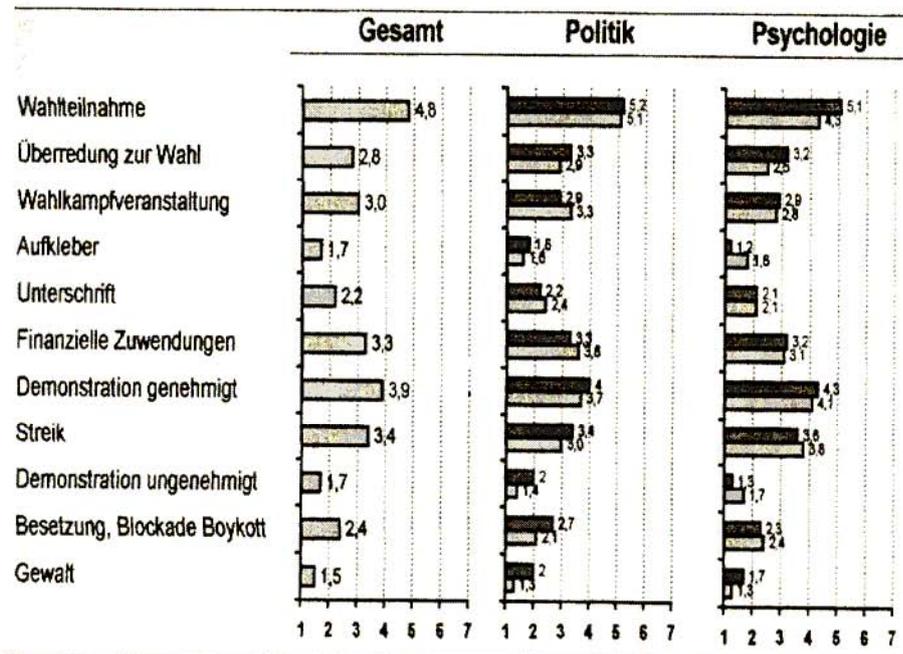


Abb. 7. Politische Partizipationsbereitschaften - Mittelwerte

Skalenwerte: Minimum = 1; Maximum = 7. Bei Doppelbalken: dunkler Balken: männlich; heller Balken: weiblich. Standardabweichungen: Range: .8–2.1. Median: 1.8

Die Fächer- und Geschlechtereffekte sind gering und folgen keinem einheitlichem Muster. Kein Fächerhaupteffekt wird signifikant. Die Ergebnisse sprechen daher nicht für eine konsistent erhöhte Bereitschaft von

Politikstudierenden zu politischer Partizipation, wie man sie theoretisch hätte erwarten können. Weiterhin wird nur ein Geschlechterhaupteffekt signifikant. Dieser tritt bei der Bereitschaft auf, in Zukunft auch gewalttätige politische Aktivitäten auszuführen ($F = 7.5, p = .007$). Männliche Personen geben eine höhere Bereitschaft zu politischer Gewalt an, als weibliche Studierende. Dieser Befund steht in Einklang mit den Befunden vorausgegangener Studien (Achatz et al., 1999; Milbrath & Goel, 1977) und entspricht auch den Ergebnissen in der deutschen und kolumbianischen Stichprobe. Interaktionen zwischen Fach und Geschlecht treten bezüglich der Teilnahme an ungenehmigten Demonstrationen auf ($F = 4.7, p = .032$). Männliche Politikstudierende geben eine höhere Bereitschaft an als weibliche Politikstudierende. Bei Psychologiestudierenden ist das Umgekehrte der Fall. Angesichts der geringen Effektstärke erscheint es jedoch nicht sinnvoll, diesen Einzelbefund ausführlich zu interpretieren, bevor er nicht repliziert werden kann.

3.8 Die Vorhersage politischer Partizipation

Zur besseren Analyse der Prädiktoren politischer Partizipation werden aus den bisher genannten Items Skalen gebildet. Dies ist für die zielbezogenen Werte, Kontrollüberzeugungen und das Vertrauen unproblematisch. Die internen Konsistenzen dieser Skalen liegen nach Cronbach's Alpha jeweils oberhalb von .85. Die politischen Informationsaktivitäten können ohne Probleme als eindimensionale Skala aufgefasst werden. Für diese ergibt sich eine interne Konsistenz von $\alpha = .89$. Die Aggregation der Daten zu den vergangenen politischen Aktivitäten und den Partizipationsbereitschaften gestaltet sich hingegen schwieriger. Frühere Untersuchungen (Barnes et al., 1979; Krampen, 1984; Uehlinger, 1988) legen eine mehrdimensionale Lösung nahe. Für die vorliegende Auswertung erfolgt eine Orientierung an Barnes et al. (1979). Gemäß dieser Autoren lassen sich die verwendeten Items in konventionelle und unkonventionelle partizipative Aktivitäten einteilen. Zu den ersteren gehören die Überredung zur Wahl, die Teilnahme an Wahlkampfveranstaltungen, Geldspenden, das Tragen von Aufklebern und Plaketten, sowie die Teilnahme an Unterschriftensammlungen. Zu den unkonventionellen Aktivitäten zählen die Teilnahme an genehmigten und ungenehmigten Demonstrationen, Streiks, Besetzungen, Blockaden und Boykotts sowie Gewalt. Dass die Wahlteilnahme nicht den konventionellen Aktivitäten zugeordnet wird, hat zwei Gründe: Dieses Item ist nur auf einen Teil der Stichprobe anwendbar. Dessen Integration würde zu einem Verlust von ca. 20% der Stichprobe führen, da die Gruppe der unter 19 Jährigen auszuschließen wäre. Daneben ist die Ausklammerung auch

theoretisch sinnvoll. Dadurch, dass die Teilnahme an Parlamentswahlen gesetzlich verbindlich ist, nimmt sie einen Sonderstatus ein, der keiner anderen untersuchten Partizipationsform zukommt. Der Ausschluss der Wahlteilnahme entspricht auch der theoretischen Position von Barnes et al. (1979).

Die Verwendung der Begriffe konventionell bzw. unkonventionell bringt nicht unerhebliche Probleme mit sich. Einige der konventionellen Aktivitäten, beispielsweise das Tragen von Aufklebern und Plaketten werden sehr selten ausgeführt, einige unkonventionelle Aktivitäten, darunter die Teilnahme an genehmigten Demonstrationen, sind so verbreitet, dass sie als integraler Bestandteil der studentischen politischen Kultur aufgefasst werden müssen. Daher erscheint eine Kritik von Kaase (1997) angemessen, nach der übliche konventionell/ unkonventionell Einteilungen die Integration vieler politischer Akte in das normale Verhaltensrepertoire nur unzureichend berücksichtigen. Die gewählte Einteilung ist somit als Hilfskonstruktion zu sehen, um Aktivitäten mit unterschiedlichem Protestcharakter in einer gängigen Weise zu differenzieren. Die so gebildeten Skalen zeigen nur mäßige bis ausreichende psychometrische Qualitäten. Die interne Konsistenz der Skala zur konventionellen Partizipation liegt bei $\alpha = .51$, die der Skala zur unkonventionellen Partizipation bei $\alpha = .59$. Für die Bereitschaftsskalen liegen die entsprechenden Werte angesichts der geringen Skalenlänge mit je 3 Items in einer zufriedenstellenden Höhe von $\alpha = .71$ und $\alpha = .74$. Die geringen internen Konsistenzen der Aktivitätsskalen können zum Teil dadurch bedingt sein, dass die Ausführung konkreter politischer Handlungen teilweise seltene Gelegenheiten erfordern. Neben der Eingangs erwähnten demand-Seite spielt die supply-Seite für die tatsächliche Ausführung politischer Akte eben eine bedeutende, hier aber nicht näher analysierte Bedeutung. Die Skalen zur vergangenen politischen Partizipation werden trotz der psychometrisch bedenklichen Eigenschaft der Zielgrößen beibehalten, da die zu Grunde liegende Einteilung theoretisch sinnvoll ist und bei den Partizipationsbereitschaften zu zufrieden stellenden Konsistenzen führt.

Als die wichtigsten Prädiktoren für die konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation und Partizipationsbereitschaften erweisen sich die ideologischen Orientierungen (Tabelle 1). Während die konventionelle Partizipationsbereitschaften durch die rechte und die linke Orientierung vorhergesagt wird, ist in Bezug auf die Protestaktivitäten nur die linke politische Orientierung ein relevanter Prädiktor. Letzteres Resultat entspricht dem anderer Studien (z. B. Allerbeck, 1980; Fuchs & Klingemann, 1989; Opp et al., 1995).

Tabelle 1

Regressionsanalysen zur Vorhersage der politischen Aktivitätsmaße

Zielgrößen	Wahlteilnahme			Partizipation konventionell			Partizipation Unkonventionell		
	B	SEB	β	B	SEB	β	B	SEB	β
Prädiktoren									
Geschlecht	-.12	.07	-.11	-.29*	.14	-.12	-.39*	.14	-.17
Fach	.01	.06	.01	.19	.13	.08	.01	.13	.00
Werte	.00	.00	.01	.01	.01	.11	.01	.01	.08
Kontrollüberzeugung	.00	.00	.00	.01	.01	-.01	.00	.00	.07
Vertrauen	.00	.00	.01	.01	.01	.08	-.08	.01	-.06
Ideologie links	.01	.02	.03	.11*	.03	.19	.11*	.03	.20
Ideologie rechts	.02	.02	.07	.13*	.03	.21	-.01	.03	-.01
	R = .15 R ² = .00			R = .36 R ² = .11			R = .32 R ² = .08		

Anmerkung: R² ist korrigiert. Einfache Korrelationen siehe Tabelle A1.* $p < .05$.

Tabelle 2

Regressionsanalysen zur Vorhersage der Partizipationsbereitschaften

Zielgrößen	Wahlteilnahme			Partizipation konventionell			Partizipation Unkonventionell		
	B	SEB	β	B	SEB	β	B	SEB	β
Prädiktoren									
Geschlecht	-.16	.25	-.04	-.12	.77	-.01	-1.5*	.75	-.12
Fach	.59*	.23	.15	1.1	.71	.09	-.94	.69	-.08
Werte	-.01	.01	-.04	.10*	.04	.15	.07*	.04	.12
Kontrollüberzeugung	.00	.01	-.03	.03	.03	.06	.05*	.02	.13
Vertrauen	.03*	.01	.13	.11*	.04	.14	-.02	.04	-.03
Ideologie links	.15*	.06	.16	.88*	.18	.28	.86*	.17	.29
Ideologie rechts	.21*	.06	.21	.79*	.19	.23	-.05	.18	-.02
	R = .32 R ² = .08			R = .45 R ² = .19			R = .41 R ² = .15		

Anmerkung: R² ist korrigiert. Einfache Korrelationen siehe Tabelle A1.* $p < .05$.

Werte, Kontrollüberzeugungen und Vertrauensmaße erweisen sich im Gegensatz zu den ideologischen Orientierungen bei den Protestbereitschaften von Bedeutung, allerdings nur mit geringen Effektstärken. Auch die in Tabelle

A1 im Anhang dargestellten einfachen Korrelationen zeigen kein anderes Bild. Dieses Resultat ist theoretisch nicht zu erwarten gewesen, da Werte und Kontrollüberzeugungen in handlungstheoretischen Ansätzen eine zentrale handlungsleitende Funktion zukommt. Insofern politische Werte und Kontrollüberzeugungen sowie Vertrauensmaßen in vielen Studien relevante Prädiktoren waren (z. B. Barnes et al, 1979; Brady, 1999; Krampen, 1991; Muller & Jukam, 1977; Preiser 1988; Roehl, 1990; Reef & Knoke, 1999; Seoane et al., 1987) bedarf die Abweichung einer weiteren Erklärung. Ein Grund kann in der Operationalisierung der hier verwendeten handlungstheoretischen Modellgrößen liegen. Mit dem Bezug auf allgemeine Ziele wurden sie auf eine andere Weise erhoben, als zumeist üblich. Damit erfassen sie womöglich nicht die für konkrete politische Handlungsentscheidungen relevanten Kognitionen.

Ein weiteres wichtiges und kontraintuitives Resultat liegt darin, dass das Geschlecht von einer Ausnahme abgesehen ein besserer Prädiktor der meisten Zielgrößen ist als das Studienfach. Plausibel wäre ein konsistent größerer Partizipationsumfang von Politikstudierenden, da diese schon durch ihre Studienfachwahl ein besonderes Interesse für das politische Lebensfeld zeigen. Wie ist nun die prädiktive Relevanz des Geschlechtes zu bewerten? Erstens zeigt sich, dass das Geschlecht besser zur Vorhersage der vergangenen Partizipation als zur Vorhersage der Partizipationsbereitschaften geeignet ist. Bei der Ausführung von Handlungen spielen intentionale und volitionale Prozesse eine Rolle, während bei den Partizipationsbereitschaften nur intentionale Prozesse angesprochen werden. Das Resultat verweist darauf, dass das Geschlecht auf beiden Ebenen zumindest ein geringfügig nachteiliger Faktor ist. Allein mit geringerem politischem Interesse kann die geringere Partizipation von weiblichen Studierenden nicht begründet werden.

Ein weiteres wichtiges Resultat ist die schlechte Vorhersage der Wahlteilnahme und der Bereitschaft zur Wahlteilnahme und dokumentiert möglicherweise die bereits angesprochene Sonderrolle des Wählens. Dennoch überrascht, dass weder Werte, Kontrollüberzeugungen und Vertrauensmaße noch ideologische Orientierungen zur Vorhersage der vergangenen Wahlteilnahme irgendeine Rolle spielen. Lediglich das Geschlecht verfehlt die Signifikanzgrenze nur knapp. Auch hier ergibt sich die gleiche Effektrichtung wie zuvor. Weibliche Studierende geben eine geringere Wahlteilnahme an. Bezüglich der Bereitschaft zu zukünftigen Wahlteilnahmen ist nur das Studienfach ein relevanter Prädiktor. Die besten Prädiktoren für die Bereitschaft zur Wahlteilnahme sind wiederum politische Ideologien.

Wird zuletzt die durch alle Prädiktoren gemeinsam aufgeklärte Varianz betrachtet, dann ergeben sich bestenfalls 19% im Fall der konventionellen

Partizipationsbereitschaften. Abgesehen von der vergangenen Wahlteilnahme, die durch die erfassten Prädiktoren gar nicht vorhergesagt wird, liegen die anderen Ergebnisse zwischen 8% und 15%. Dies verdeutlicht, dass nur mäßig geeignete Prädiktoren zur Prädiktion der Handlungsbereitschaften erfasst wurden. Möglicherweise ist es günstiger, nicht zielbezogene Prädiktoren zu erheben, sondern solche, die beispielsweise auf konkrete Handlungen bezogen sind (z. B. Ajzen, 1985).

4 Zusammenfassung und Ausblick

Mit der vorliegenden empirischen Arbeit können wichtige Indikatoren der politischen Kultur griechischer Studierender näher analysiert werden. Für die zielbezogenen politischen Einstellungen ergeben sich deutlich unterschiedliche Profile, je nachdem, ob Werte, Kontrollüberzeugungen oder Vertrauensmaße erfasst wurden. Lag bei den politischen Werten das Schaffen einer friedlichen Welt an erster Stelle, war es bei den Kontrollüberzeugungen die Erhaltung der Umwelt und beim Vertrauen die Gewährleistung der Menschenrechte. In einheitlicher Weise waren die Einstellungen in Bezug auf die Beseitigung von Korruption besonders negativ. Im Vergleich zu anderen politischen Zielen sahen die Studierenden die niedrigsten Einflussmöglichkeiten und hatten das geringste Vertrauen in die korruptionssenkenden Kräfte der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Gleichzeitig wurde dieses Ziel aber auch als vergleichsweise unwichtig eingestuft.

Neben unterschiedlichen Profilen ergaben sich bei der Beantwortung der politischen Einstellungen auch unterschiedliche Niveaus. Die Erreichung zentraler politische Ziele wurde als eher wichtig bis sehr wichtig bewertet und die eigenen Einflussmöglichkeiten in einem mittleren Bereich eingestuft, während die soziopolitischen Rahmenbedingungen als am wenigsten förderlich zur Erreichung politischer Ziele angesehen wurden. Letzteres kann als Zeichen einer politischen affektiven Entfremdung der Studierenden in Griechenland interpretiert werden. Kurios mutet die Beobachtung an, dass sich individuelle Akteure im Durchschnitt selbst größere Einflussmöglichkeiten zubilligen als den politisch-sozialen Rahmenbedingungen im Allgemeinen. Das gleiche Ergebnis zeigt sich in der deutschen und griechischen Stichprobe auf. Opp (2001) wertet derartige Befunde als klaren Beleg für das Vorliegen von Kontrollillusionen. Realistischerweise muss im Normalfall der Einfluss des individuellen studentischen Akteurs zur Erreichung der hier genannten Ziele als verschwindend gering betrachtet werden. Andererseits stellt sich die Frage, ob eine

Interpretation als Kontrollillusion angemessen ist. Möglicherweise verwenden die Probanden bei der Beantwortung beider Skalen nicht den gleichen Maßstab. So erscheint es plausibel, dass bei der Vertrauensfrage primär die Orientierung an einem Idealzustand stattfindet, während bei den Kontrollüberzeugungen die dem durchschnittlichen Bürger möglichen Einflüsse den Maßstab bilden. So gesehen lägen keine Kontrollillusionen vor. Diese Interpretation bedarf jedoch weiterer Untersuchungen.

Politikstudierende zeigen keine konsistent höhere Wertschätzung politischer Ziele und insgesamt keine deutlich höheren Kontrollüberzeugungen. Dies wäre unter erwartungs-werttheoretischem Blickwinkel bei der Wahl ihres Studienfaches zu erwarten gewesen und zeigt, dass mit diesen Einstellungen keine wesentlichen Variablen zur Differenzierung zwischen Studierenden beider Fächer erhoben wurden. Allerdings sind politische Informationsaktivitäten sehr gut hierzu imstande. Politikstudierende beschäftigen sich deutlich mehr mit politischen Themen als Psychologiestudierende. Der Umfang der Beschäftigung mit politischen Themen bewegt sich aber auch für Politikstudierende auf einem vergleichbar geringen Niveau. Dies verdeutlicht auch der interkulturelle Vergleich. Eine Erklärung hierfür können die Daten nicht liefern. Vergleiche der Korrelationsmuster bei Schmidt (2002) weisen keine grundsätzlich anderen Zusammenhänge nach, die vielleicht aus Operationalisierungsproblemen resultieren. Die Befunde stehen eher mit einigen Eurobarometer (Europäische Kommission, 1999) Ergebnissen in Einklang, nach denen in Griechenland ein vergleichsweise geringes Wissen zu politischen Themen besteht. Neben dem Umfang politischer Informationsaktivitäten gibt es noch einen weiteren Indikator, der zumindest mäßig gut zwischen Psychologie- und Politikstudierenden zu differenzieren vermag. Politikstudierende stufen sich als politisch rechter eingestellt ein.

Ein auffälliges Resultat ergab sich weiterhin bei männlichen Psychologiestudierenden. Gerade diese weisen besonders geringe politische Kontrollüberzeugungen auf. Zudem geben sie auch ein geringeres Vertrauen darin an, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zur Erreichung verschiedener politischer Ziele geeignet sind. Dies kann als Zeichen einer stärkeren politischen Entfremdung dieser Subgruppe gewertet werden. Interessanterweise entspricht dem aber keine geringere politische Partizipationsrate im Vergleich zu den weiblichen Psychologiestudierenden. Auch Politikstudierende geben insgesamt nicht mehr politische Aktivitäten an als Psychologiestudierende. Diese Befunde verdeutlichen die große Kluft zwischen allgemeinen politischen Interessen und Erwartungshaltungen sowie der Realisierung politischer Alltagshandlungen. Sie waren aus erwartungs-werttheoretischer

Perspektive nicht zu erwarten. Dies deutet bereits auf ein weiteres wichtiges Ergebnis dieser Studie hin: Politisches Vertrauen, politische Werte und politische Kontrollüberzeugungen, so wie sie hier erfasst wurden, sind fast durchweg keine guten Prädiktoren für politisches Engagement. Dass dies nicht als Beleg für eine generell geringe Bedeutung dieser Konstrukte gewertet werden kann, zeigen vorausgegangene Studien (z. B. Ajzen, 1985; Brady, 1999; Krampen, 2000 und Schmidt, 2002). Als nachteilig erweist sich möglicherweise die zielbezogene Messung. Nicht erfasst wurden auf konkrete Situationen bezogene Einstellungen, die für das Ausführen politischer Handlungen letztlich die größere Bedeutung haben können.

Die Befunde zu den Geschlechterunterschieden sind ebenfalls in Teilen widersprüchlich. Einerseits geben weibliche Studierende weniger politische Alltagsaktivitäten, sowie weniger politische Informationsaktivitäten an. Dies steht in Einklang mit entsprechenden Eurobarometer Befunden (Europäische Kommission, 1998) zu Griechenland. Andererseits zeigen sie weder geringere Kontrollüberzeugungs- noch Vertrauenswerte und bewerten auch politische Ziele nicht niedriger. Letzteres kann damit begründet werden, dass mit Studierenden ein besonders hoch gebildeter und im Durchschnitt sozial höher stehender Teil der Bevölkerung erfasst wird, bei dem sich auf der Einstellungsebene weniger Geschlechterunterschiede erwarten lassen. Andererseits verdeutlichen die Geschlechtereffekte auf den Skalen, die eine größere Handlungsnähe aufweisen, das traditionelle Rollenmuster weiterhin eine große Bedeutung haben können.

Im interkulturellen Vergleich zeigen sich gerade bei den politischen Einstellungen viele Ähnlichkeiten, so z. B. bei der Rangfolge der Werte und Kontrollüberzeugungen. Einzelne besonders große Abweichungen, darunter die auffallend schlechte Einstufung der Menschenrechtssituation in Kolumbien, lassen sich gut auf Besonderheiten der jeweiligen politischen Rahmenbedingungen zurückführen. Große Abweichungen ergeben sich vor allem bei den Items zur politischen Partizipation und zu politischen Informationsaktivitäten. Dies spricht in den untersuchten Ländern für deutliche Unterschiede der politischen Kultur auf der Handlungsebene.

5. Englische Zusammenfassung

Political Culture among Greek Students

An empirical study about political attitudes and political participation of students of psychology and political sciences in Greece

What are the political attitudes of Greek students and how do they participate politically? These questions comprise the emphasis of the empirical study presented here. Respondents were 375 students of psychology and political sciences at the University of Athens and the University of Ioannina (mean age 20.2 years).

The following political attitudes were measured: Locus of control, political trust, political values and left/right ideology. Newly developed scales were used to measure the first three constructs. The items of each scale covered nine concrete political goals: assuring a high quality of university education, high human rights standards, environmental protection, high political participation of the general population, high political influence of students, elimination of corruption, a peaceful world, reducing social injustice, support of the sick and disabled. While the emphasis of the evaluation was laid on the single item level, the internal consistency of each of the three scales, using all nine items, is above .85 (calculated with Cronbach's α). Measures of left and right political ideology comprised a single item each.

Three measures of political participation were used. A five item scale on passive political participation, above all the frequency of political information activities using different media types: viewing political features on television, reading political articles in newspapers, reading political articles in journals, reading political books. The fifth item concerned, is talking about political topics. The internal consistency of this scale is $\alpha = .89$.

Political activities in the last 12 months and political action orientations towards conducting these activities in the future were assessed using the following eleven items: Voting, persuasion to vote, participation in campaign rallies, wearing badges with political content, signing a petition, giving financial aid to political or charitable organizations, participation in an approved demonstration, participation in an unapproved demonstration, strike participation, boycott or illegal occupation or blockade and, finally, political violence against persons or things. The last four items were used to form a scale of unconventional political activities. The former, excluding voting, formed an index of conventional political activities. The internal consistency of the conventional und unconventional political action orientation scales were $\alpha =$

.71 and $\alpha = .74$. Only low consistencies could be achieved for the two action scales ($\alpha = .51$ and $.59$).

The analysis was mainly conducted at the single item level in order to gain a closer insight into the structure of the political culture of Greek students. A high emphasis was laid on the effects of gender and the study of subject. In order to estimate these, analyses of variance were used. Furthermore regression analyses were conducted to identify important predictors for past political participation and political action orientations (voting, conventional and unconventional). Since a similar survey was conducted in Germany and Colombia, selected comparisons were made, although the main focus remains on the Greek sample.

For each of the three political action orientations different response profiles were obtained. Among political values peace, environmental protection and university education gained the top three ranks. Studentical influence, corruption and the political participation of the general population were regarded as being least important. Systematic differences were neither observed for students of different subjects nor for gender. The picture is a little different for the locus of control items. Students perceived themselves as most influent in protecting the environment, while peace only received rank six. This might reflect a certain realism in the judgement of the students. Of the mentioned goals peace is most distant to the actions of individual students. Thus a low subjective locus of control seems adequate. In line with this argumentation students perceived themselves as being more able to reduce social injustice and to support sick and disabled persons. Students of political sciences tended to report a higher locus of control in some but not all of the items.

Compared to the other two scales, students generally stated little trust in the societal abilities to reach the measured political goals. This can be interpreted as a sign of political alienation. Furthermore it is important to observe, that most students believe themselves to be more influential than societal conditions as a whole. This could be a sign of a control illusion in order to maintain a positive self-value. Among the trust items human rights were believed to be the most effectively pursued by the social and political forces in Greece. Peace ranked in second place. In contrast the lowest trust was reported in the eradication of corruption. Students of politics reported higher trust level in some but not all of the items.

Greek students neither reported remarkable left or right wing political ideologies. Still, students of politics rated themselves as being more right wing than students of psychology, which in turn almost denied any right wing orientations. For ideologies as well as for the before mentioned attitudes the structure of responses in the Greek sample is, apart from single items, similar to

the structure found in the German and Colombian samples.

Only for political information activities marked subject effects appeared. Politics students reported more information activities than psychology students. Still, the overall information level is rather low compared to the results in the other two countries, pointing to previously reported results, that in Greece the level of political information is rather low. The most used media for political information were newspapers.

For political activities in the past 12 months and political action orientations, very similar profiles were obtained. Consecutively the frequency of political activities in the past twelve months is reported. Most popular was voting (40.8%), followed by participation in approved demonstrations (36.9%). Less frequently reported are the participation in campaign rallies (27.3%), financial aid (25.8%), persuasion to vote (25.7), boycott or illegal occupation or blockade (18.7%), strike participation (18.4%), and signing a petition (15.1%). Little common are wearing political badges (5.3%) the participation in unapproved demonstrations (4.2%) and political violence (2.2%). This overview shows that students participate in a wide range of political activities. The subject of study plays only a minor role in predicting the extent of past political participation, while more consistent gender effects appear. In a subset of political activities (voting, persuasion to vote, financial aid, strike participation and boycott or illegal occupations or blockades) women tend to participate less than men. Apart from lower political action orientations among women towards violence, no significant gender and subject of study differences appear.

Neither political activities in the past 12 months nor political action orientations are well predicted by the measured political attitudes, gender and study of subject. No more than 19% of the variance in case of political action orientations towards conventional political actions can be explained. The best single predictors are political ideologies. While left political ideology is a moderate predictor for voting, conventional and unconventional political activities, right political ideology is a predictor of the participation in conventional forms of political participation and voting only. All gender effects point in the same direction, even though only half of the effects get significant: Women participate less than men. Political values, locus of control and political trust are of no importance in predicting past political activities. Political values show a positive relation to conventional and unconventional political action orientations. Political trust predicts political action orientations towards conventional activities and voting. The Subject of study only predicts action orientations towards voting.

The results document that Greek students get involved in a great range of

political activities. Still, the level of political information is rather low. Fewer subject of study effects can be observed than expected, pointing to one conclusion: Studying politics alone does not seem to increase the participation in ordinary political activities. Women participate less actively in politics than men and inform themselves less about political issues. Political ideologies seem to be important predictors of political participation. It should not be derived from these results that locus of control, political trust and political values in general play no or only a minor role. In an international comparison with the results in the German und Colombian sample the structure of political attitudes is more similar than the structure of political activities.

6. Literatur

- Achatz, J., Gaiser, W., & Gille, M. (1999). Geschlecht und Partizipation. Ergebnisse aus dem DJI-Jugendsurvey. *DISKURS*, 9, 58-67.
- Ajzen, I. (1985). From intentions to actions. A theory of planned behavior. In J. Kuhl & J. Beckman (Eds.), *Action Control. From cognition to behavior*. (pp. 11-39). Berlin: Springer.
- Allerbeck, K. (1980). *Politische Ungleichheit. Ein Acht Nationen-Vergleich*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Axt, H.-J. (1999). Griechenland. In W. Weidenfeld (Ed.), *Europa-Handbuch* (S. 152-162). Gütersloh: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Barnes, S., Kaase, M., Allerbeck, K., Farah, B. G., Heunks, F. J., Inglehart, R., Jennings, M. K., Klingemann, H. D., Marsh, A., & Rosenmayr, L. (1979). *Political Action: Mass participation in five Western democracies*. Beverly Hills: SAGE.
- Brady, H. E. B. & Shaver, P. R. E. (1999). Political participation. In J. P. Robinson & P. R. E. Shaver (Eds.), *Measures of political attitudes*. (pp. 737-801). San Diego: Academic Press.
- Cusack, T. R. (1999). Die Unzufriedenheit der deutschen Bevölkerung mit der Performanz der Regierung des politischen Systems. In M. Kaase & G. Schmid (Eds.), *Eine lernende Demokratie* (S. 232-267). Berlin: Sigma.
- Christy, C. A. (1987). *Sex differences in political participation*. New York: Praeger.
- Dobratz, B. A. (1992). Differences in political participation and value orientations among greek men and women. *International Journal of Sociology and Social Policy*, 12, 59-92.
- Easton, D., (1965), *A system analysis of political life*, New York: Wiley
- Europäische Kommission (1996a). *Eurobarometer 45*. Brüssel: Author.
- Europäische Kommission (1996b). *Eurobarometer 46*. Brüssel: Author.
- Europäische Kommission (1998). *Frauen und Männer in Europa: Wie steht es um die Chancengleichheit? Eurobarometer 44.3 - Ergebnisse einer Meinungsumfrage*. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft.
- Europäische Kommission (1999). *Eurobarometer 51*. Brüssel: Author.
- Europäische Kommission (2002a). *Eurobarometer 55*. Brüssel: Author.
- Europäische Kommission (2002b). *Eurobarometer 56*. Brüssel: Author.
- Europäische Kommission (2003). *Eurobarometer*. Brüssel: Author. In: *To Vima*: 27-7-2003

- Fuchs, D. & Klingemann, H. D. (1989). The left-right schema. In M. K. Jennings, J. W. van Deth, S. H. Barnes, D. Fuchs, F. J. Heunks, R. Inglehart, M. Kaase, & H. D. Klingemann (Eds.), *Continuities in political action* (pp. 203-234). Berlin: Walter de Gruyter.
- Galanis, G. (1999). Politische oder parteiliche Gleichgültigkeit. In G. Galanis (Ed.), *Zeitgeschehen und politische Psychologie*. (pp. 227-260). Athen: G. Dardanos.
- Gamson, W. A. (1971). Political trust and its ramifications. In G. Abcarian & J. W. Soule (Eds.), *Social psychology and political behavior: Problems and perspectives*. (pp. 40-55). San Francisco: Canfield Press.
- Inglehart, R. (1990). *Culture shift in advanced industrial society*. Princeton: Princeton University Press.
- Klandermans, B. (1997). *The social psychology of protest*. Cambridge: Blackwell.
- Krampe, G. (1984). *Konstrukte und Indikatoren politischen Engagements. Literaturübersicht und Experimentalversion des Trierer Inventars zur Politischen Partizipation (TIPP)* (Trierer Psychologische Berichte, Nr. 11(7)). Universität Trier.
- Krampe, G. (1987). *Ein handlungstheoretisches Partialmodell der Persönlichkeit*. Göttingen: Hogrefe.
- Krampe, G. (1991). *Entwicklung politischer Handlungsorientierungen im Jugendalter. Ergebnisse einer explorativen Längsschnittsequenz-Studie*. Göttingen: Hogrefe.
- Krampe, G. (2000). Transition of adolescent political action orientations to voting behavior in early adulthood in view of a social-cognitive action theory model of personality. *Political Psychology*, 21, 277-297.
- Kuhl, J. (1983). *Motivation, Konflikt und Handlungskontrolle*. Springer, Berlin.
- Lambrini-Dimaki, J. (1984). *Social stratification in Greece 1962-1982*. Athen: Ant. N Sakkoulas.
- Muller, E. N. & Jukam, T. O. (1977). On the meaning of political support. *The American Political Science Review*, 71, 1561-1595.
- Opp, K. D., Finkel, S. E., Muller, E. N., Wolfsfeld, G., Dietz, H. A., & Green, J. D. (1995). Left-right ideology and collective political action: A comparative analysis of Germany, Israel, and Peru. In J. C. Jenkins & B. Klandermans (Eds.), *The Politics of Social Protest: Comparative Perspectives on States and Social Movements* (pp. 63-95). Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Preiser, S. (1988). *Kontrolle und engagierte Handeln*. Göttingen: Hogrefe.

- Reef, M. J. & Knoke, D. (1999). Political alienation and efficacy. In J. P. Robinson & P. R. E. Shaver (Eds.), *Measures of political attitudes. Measures of social psychological attitudes* (pp. 413-464). San Diego: Academic Press.
- Roehl, W. (1990). Die Erklärung von Protest durch die Nutzentheorie und die Theorie mentaler Inkongruenz. In K. D. Opp & R. Wippler (Eds.), *Empirischer Theorienvergleich* (S. 109-146). Darmstadt: Westdeutscher Verlag.
- Rokeach, M. (1973). *The nature of human values*. New York: Free Press.
- Schmidt, C. O. (2002). *Kontrollüberzeugungen, Vertrauen und politische Partizipation. Zur Brauchbarkeit gleicher Konstrukte in ungleichen Gesellschaften*. Unveröffentlichte Dissertation, Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt.
- Seoane, G., Godas, A., Arce, C., & Sabucedo, J. M. (1987). Sobre algunas de las variables predictoras de la participaci_n politica. *Bolet_n de Psicolog_a Spain*, 17, 65-82.
- Stratigaki, M. (1988). Agricultural modernization and gender division. *Sociologia Ruralis*, 28, 248-262.
- Uehlinger, H. M. (1988). *Politische Partizipation in der Bundesrepublik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

7. Anhang

Tabelle A1. Korrelationen zwischen Erwartungs-, Einstellungs- und Partizipationskalen Griechenland

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1. Werte											
2. Kontrollüberzeugungen	.34*										
3. Vertrauen	.19*	.03									
4. Ideologie links	.20*	.14	-.13								
5. Ideologie rechts	.12	.09	.11	-.23							
6. Politische Information	.26*	.13	.05	.22*	.14						
7. Wahlteilnahme	.01	.02	.04	.02	.09	.17*					
8. Partizipation konventionell	.17*	.09	.09	.16*	.21*	.27*	.03				
9. Partizipation unkonventionell	.12	.13	-.10	.26*	-.02	.19*	-.04	.31*			
10. Bereitschaft Wahlteilnahme	.04	.01	.13	.09	.18*	.34*	.27*	.21*	-.05		
11. Bereitschaft konventionell	.30*	.19*	.15*	.25*	.22*	.30*	.02	.69*	.25*	.25*	
12. Bereitschaft unkonventionell	.21*	.21*	-.05	.34*	-.06	.10	-.10	.20*	.63*	-.04	.40*

* $p < .01$

Tabelle A2. Korrelation zwischen Geschlecht, Fach und Partizipations- bzw. Einstellungsskalen Griechenland

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Geschlecht	.05	-.05	.05	-.05	-.02	-.28*	-.12	-.15*	-.19*	-.11	-.05	-.11
Fach	.06	.01	.08	-.04	.14*	.42*	.05	.13	.05	.21*	.12	-.05

* $p < .01$. Die Ziffern entsprechen der Zuordnung in Tabelle 1

Tabelle A2. Korrelation zwischen Geschlecht, Fach und Partizipations- bzw. Einstellungsskalen Deutschland

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Geschlecht	-.04	.09	-.03	-.03	-.05	-.29*	1)	-.11	-.06	-.04	.13	-.07
Fach	.01	.00	-.01	-.05	.24*	.67*	1)	-.09	.09	.10	.18	-.07

* $p < .01$. Die Ziffern entsprechen der Zuordnung in Tabelle 1; 1) Nicht erhoben oder unvollständig erhoben.

Tabelle A2. Korrelation zwischen Geschlecht, Fach und Partizipations- bzw. Einstellungsskalen Kolumbien

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Geschlecht	.03	.12	-.03	-.11	-.14	-.03	1)	1)	-.13	.21*	.02	-.14
Fach	.03	.22*	-.05	-.20*	.15*	.71*	1)	1)	.16*	.05	.32*	.17*

* $p < .01$. Die Ziffern entsprechen der Zuordnung in Tabelle 1; 1) Nicht erhoben oder unvollständig erhoben.